

Ein Diktator gesucht

„Napoleon Millerand“

Welche Wirkung wird der Entwertungsprozess des Franken auf die politische Haltung des französischen Volkes haben? Die Frage ist nicht ganz leicht zu beantworten. In Deutschland hat der Zusammenbruch der Mark die misstrauische und ablehnende Stimmung gegen den heutigen Staat verstärkt, wobei die rechtsradikale Opposition den größeren Fischzug machte als die linksradikale. Der Rückgang des Franken kann natürlich nicht mit der Katastrophe verglichen werden, die der deutschen Währung vor allem durch den Ruhrkampf zugefügt worden ist. Ein Land, mit der breiten agrarischen Grundlage Frankreichs, die noch vergrößert wird durch die Fruchtbarkeit der nahegelegenen afrikanischen Kolonien, ist von dem Stand der Währung bei weitem weniger abhängig als das Deutsche Reich, das Rohmaterialien und Lebensmittel aus dem Ausland beziehen muss, um seine Arbeiterbevölkerung beschäftigen und ernähren zu können. Aber trotzdem hat der scharfe und andauernde Fall der französischen Währung einen tiefen Eindruck auf das französische Volk gemacht. Die verhältnismäßig breite Schicht der kleinen Unternehmer in Stadt und Land sieht ihr ererbtes, wie einen kostbaren Schatz gehütetes Vermögen in einem Grad entwertet, der für ihre Begriffe unvorstellbar ist. Der Besitz von 200 000 Francs galt früher in Frankreich als überdurchschnittliche Wohlhabenheit. Schon 100 000 Francs verliehen dem Besitzer soziales Ansehen und persönliche Geltung. Dass dieser Besitz nur noch 20 v. H. seines früheren Wertes darstellt, ist für den französischen Mittelstand schlichtweg ein Unglück, das um so weniger erträglich erscheint, als man immer versichert hatte, dass der Sieg der Waffen und seine Ausnützung durch die französische Diplomatie der Bevölkerung ein geschehenes Glück und unerhörten Wohlstand bringen würde. In Frankreich selbst scheint man zu erwarten, dass die Enttäuschung und die Verzweiflung der Geschädigten und Bedrohten sich gegen die bisherige Mehrheit der Kammer, gegen den nationalen Block, kehren, dass also Neuwahlen einen scharfen Rück nach links bringen werden, zumal die bürgerlichen und die sozialistischen Gruppen der Linken in einer Reihe von Wahlkreisen sich gegenseitige Unterstützung zugesagt haben.

Der Schöpfer des nationalen Blocks ist nicht Poincaré, der innerpolitisch weiter links steht, sondern der heutige Präsident der französischen Republik Alexandre Millerand, der in auswärtigen Fragen eine gemässigte Haltung einnimmt, aber alles daran setzt, um den drohenden Erfolg der Radikalen zu vereiteln. Die ihm ergebene Presse propagiert schon seit einer Reihe von Wochen die Einsetzung einer nationalen Diktatur durch die Nationalversammlung in Versailles, die nach der Verfassung aus der Vereinigung von Senat und Kammer entsteht. Diktator soll Millerand selbst werden. Und selbstverständlich soll während der Zeit seiner ausserordentlichen Machtbefugnisse der parteipolitische Streit eingeschränkt werden.

Das würde die Verschiebung der Wahlen auf den Herbst oder gar auf das Frühjahr bedeuten. Die Kammermehrheit wäre ohne Zweifel vernünftiger, auf diese Weise eine Verlängerung ihres Mandats zu erhalten. Aber der Senat, der eine überwiegende Mehrheit von Anti-Block-Leuten aufweist, wird doch wohl einen Riegel vorschieben. Poincaré gilt als Gegner einer Wahlverschleppung. Offenbar zieht er es vor, nach ehrlichem Wahlkampf einer neuen Mehrheit zu weichen, als seinem alten Widersacher Millerand den Weg zu einer Bonaparte-Rolle freizugehen.

Macdonald in der Defensiv

Die Machtstellung, die der englischen Arbeiterpartei zugefallen ist, beruht nicht auf ihrer absoluten Stärke sondern auf der Rivalität zwischen Liberalen und Konservativen. Im Krieg hat Lloyd George beide Parteien unter seinem Zepher vereinigt und seine ganze äussere und innere Politik darauf eingestellt, diese konservativ-liberale Paarung in die Nachkriegszeit

hinüberzutreten. Die Spuren, die diese Epoche zurückgelassen hat, schrecken. Immerhin rechnen auch die Angehörigen der Arbeiterpartei damit, dass früher oder später der Versuch gemacht werden wird, die jetzige Minderheitsregierung durch eine Koalition der beiden alten Parteien abzulösen. Dass dieser Versuch nicht gleich nach den Wahlen erfolgte, hatte persönliche Ursachen, aber auch wohl taktische Gründe. Man wollte die Arbeiterpartei erst ein wenig „abnutzen“ und sich im Kampf mit der Tücke des Objekts unter erschweren parlamentarischen Verhältnissen kompromittieren lassen. Ramsay MacDonald kennt diese Absicht, und so muss seine Abwehrtaktik darauf eingestellt sein, nicht nur ein möglichst grosses Mass positiver Leistungen zu vollbringen, sondern auch am Tag seines Ausscheidens mit erhobenem Haupt dazustehen.

Nicht Revision, sondern Anpassung

In den Mittelpunkt seiner Politik stellt er die Verwirklichung des europäischen Friedens, den der Vertrag von Versailles nicht gebracht hat. Dabei vermeidet er mit Bedacht und Vorsicht das Wort „Revision“. Wer in absehbarer Zeit eine Aenderung der unerträglichen Zustände in Europa erlangen will, muss darauf verzichten, eine prinzipielle Neuordnung anzustreben. Die praktische Politik kennt keine feierliche Zerzerung von Verträgen, keine Einsetzung einer Revisionsinstanz zur Abänderung von Beschlüssen, sondern nur die Kunst der Auslegung und der Anpassung. So wie alle Verträge über die Teilung bisher unabhängiger Länder mit der Erklärung beginnen, dass die vertragsschliessenden Parteien übereingekommen seien, die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des betroffenen Landes zu garantieren, so wird jeder Schritt, der von Versailles wegführt, von Erklärungen begleitet sein, dass er erfolge „im Interesse der Wahrung der Verträge“. Das sollten sich auch die Kreise in Deutschland gesagt sein lassen, die aus dem Kampf gegen Versailles innerpolitisches Kapital zu schlagen suchen. Wer dem deutschen Volk wirklich den Weg in die Freiheit bahnen will, muss darauf verzichten, Fanfaren zu blasen. Die Befreiung des deutschen Volkes kann nur erreicht werden durch eine schweigsame, schmiegsame Politik, die materielle Opfer zu bringen bereit ist.

Ludendorffs Falstaff-Armee

Dass der Aufstieg Deutschlands nicht durch revolutionäre Mittel, nicht durch neue Kriege zu erreichen ist, sondern nur auf dem Wege der Evolution, ist jedem klar, der die internationalen

Machtverhältnisse kennt. Die Leute, die die schwarzweisse rote Fahne über den Rhein tragen wollten, sind dem deutschen Volk Aufklärung darüber schuldig, was bei einem solchen Unternehmen aus dem Land am Rhein werden soll, aus den Fabriken und Städten, aus den Frauen und Kindern. Im Hitler-Prozess hat Oberst v. Seisser, der Chef der bayerischen Landespolizei, erklärt, dass die Bildung der „nationalen Armee“ Ludendorffs, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen, uns die Franzosen, Tschechen und Polen auf den Hals gehetzt hätte. „Es wäre“, so sagt er, „ein Kampf zwischen Nord und Süd entstanden, ein Kampf gegen drei Fronten, ohne Flugzeuge, ohne Waffen, ohne Munition, Verpflegung und Nachschub, ohne Schutzmittel gegenüber den feindlichen Gasen. Wir hätten nichts als operfbereite begeisterte Männer, die nutzlos den feindlichen Maschinen und dem feindlichen Gas entgegengefallen worden wären. Das Ende vom Liede wäre die Zerstörung Deutschlands gewesen.“

General v. Lossow, der sich im Krieg als Verteidiger der Dardanellen auszeichnete, bezeichnet den Vergleich mit der Angora-Regierung als lächerlich, lehnte die York-Rolle ab und äusserte über den von Ludendorff geplanten Marsch nach Berlin: „Es fehlte der sogenannten „nationalen“ Armee an allem: an Bekleidung, Ausrüstung, Waffen, Munition und Geld.“ Die Requisitionen, die kommen mussten, hätten zu einer inneren Zersetzung geführt, hätten die Truppen in den Augen der Bevölkerung zu einer Räuberbande herabgesetzt, die man dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst, und gegen die man zum Schluss mit den Waffen vorgeht. Es ist nicht wahr, dass diesem Zuge von allen Seiten bewaffnete Scharen aus dem Reich zugeströmt wären. Wir haben auch wiederholt darauf hingewiesen, dass die Reichswehr sich durch den „Namen Ludendorff“ nicht zum Ungehorsam gegen ihre Führer verleiten lassen würde.“

Frevl an der Staatsautorität

Leider haben die Leute, die all diese Dinge gewusst haben, es unterlassen, die deutsche Öffentlichkeit rückhaltlos über die Gemeingefährlichkeit der völkischen Hetze aufzuklären. Dieses Schweigen ermöglichte es dem General Ludendorff, eine Rolle zu spielen, die gerade aus dem rechtsstehenden Kreisen als verhängnisvoll angesehen wird. General v. Lossow hat als Zeuge Worte von unbesreitbarer Wahrheit gesprochen. Er hat erklärt: „Wer die Autorität des Staates zu Tode marschieren will, der wird manni militäri zur Vernunft bekehrt, und wenn Blut dabei fliesst.“ Das Blut, das am 9. November früh geflossen ist, haben die auf dem Gewissen, die gegen die Autorität des Staates marschiert sind, nicht die, die geschossen haben.“

Die bayerische Hetze gegen das Reich

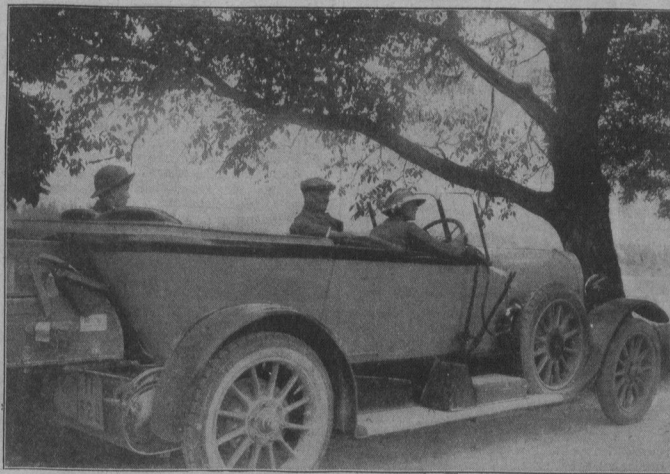
Aber, so muss man fragen, ist nicht in Bayern seit Jahren mit amtlicher Unterstützung die Autorität der Reichsregierung und damit des deutschen Staates systematisch untergraben worden? Man hat in Bayern ungestraft die Hoheitszeichen des Reichs beschimpft, die höchsten Reichsbeamten beleidigt, die Justizhoheit des Reichs missachtet und die Reichsverfassung verletzt dürfen. Man hat einen vom höchsten Gerichtshof des Reichs steckbrieflich verfolgten „Komitatisch“ — der Ausdruck stammt von Lossow — in Bayern Schutz gewährt und an die Spitze irregulärer Banden gestellt, die an der Thüringischen und sächsischen Grenze aufmarschierten. Dieser Mann, der schon einmal „die Autorität des Staates zu Tode marschieren“ wollte, ist von der Landespolizei mit einem Ausweis versehen worden, der ihm polizeiliche Befugnisse verlieh! Nur durch dieses System der Duldung und Unterstützung ist der Grössenwahn erklärlich, der Hitler antrieb, sich zum politischen Leiter des Reichs zu machen und Ludendorff an die Spitze einer imaginären Reichsarmee zu stellen. Kennzeichnend für die Verwirrung und Verwilderung, die durch die Schuld der Staatsbehörden in Bayern entstanden ist, war auch die Art, mit der weite Kreise Polizei und Militär beschimpft, weil sie schliesslich doch noch ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Diese Hetze gegen die Werkzeuge der Staatsautorität entspricht durchaus der kommunistischen Taktik, die jedesmal gegen die Bluthunde loszieht, wenn sie ihre Anhänger glücklich in einen blutigen Konflikt mit der Staatsgewalt hineingezogen haben.

Die rechtsstehende Presse ist sich heute einig in dem ungünstigen Urteil über Herrn v. Kahr, dessen Auftreten vor Gericht in den krassensten Farben gemalt wird. Dieselbe Presse hat noch vor einigen Monaten den bayerischen Diktator als den von der Vorsehung auserlesenen „Retter Deutschlands“ gepriesen, seine „staatsmännische Einsicht“, seine „Energie“, „Wahrheitsliebe“, „treudeutsche Gesinnung“ in begeistertsten Tönen geschildert. Und heute? Das hindert aber die Anhänger des Diktatorgedankens nicht, nach neuen Opfern ihrer Anbetung Ausschau zu halten. Sie rechnen mit dem kurzen Gedächtnis ihrer fanatisierten Anhänger.

Gefährliche Demagogie

Die Erscheinungen des Hitler-Prozesses und die tönenden Reden der deutschvölkischen Maulhelden haben entscheidend dazu beigetragen, dass die französische Forderung nach Erneuerung der Rüstungskontrolle auch Unterstützung bei der englischen Regierung fand. Das Ergebnis war eine Note der Botschafterkonferenz, die einen fühlbaren Rückschlag für die deutsche Politik bedeutete. Die Reichsregierung stellt jetzt vor der Frage, ob sie die Note ablehnen und damit die Aussicht auf Befreiung des Rheinlands und auf eine erträgliche Lösung der Reparationsfrage schädigen soll, auf die Gefahr hin, gleichzeitig auch die Währung zu erschüttern, oder ob sie der Entente forderung nachgeben soll, in der Hoffnung, dass bei einer Gesamtregelung die Einseitigkeit der Entwertung wegfallen werde. Die allgemeine Einstellung der deutschen Aussenpolitik hat Minister Dr. Stresemann im Reichstag in Erwiderung auf eine ungläubliche demagogische Rede des früheren Staatsministers Dr. Helfferich folgendermassen gekennzeichnet:

„Sie sagen, Ihnen und Ihren Freunden gehe die Freiheit über alles. In ähnlicher Formulierung habe ich dasselbe, aber nicht unter Zustimmung Ihrer Freunde, ausgesprochen. Zielen Sie auch die Konsequenzen daraus! Glauben Sie, dass irgend jemand in der Regierung ein Vergnügen daran hat, Verhandlungen zu führen, um Mittel zu bekommen, die nicht einmal uns zunächst zugute kommen, sondern Frankreich, und von denen nur ein Teilchen für die Stabilisierung unserer eigenen Verhältnisse, für die Deckung unserer eigenen Bedürfnisse, bestimmt ist? Wir tun das doch nicht, um für die Verwaltung unserer Eisenbahnen eine internationale Gesellschaft zu bekommen, sondern nur, um das Lösegeld zu schaffen, damit Rhein und Ruhr und Pfalz wieder frei werden. Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht: Ich sehe die einzige Möglichkeit, zu dieser Freiheit zu kommen, darin, dass wir uns der Regelung der Reparationsfrage nicht



Im Reiseauto durch Deutschland

Phot. Boedeker